

Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und Abgeordneter Kurz. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Das ist dann so beschlossen.

Da ein Antrag auf dritte Lesung nicht gestellt wurde, treten wir gemäß § 59 der Geschäftsordnung unmittelbar in die Schlußabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und Abgeordneter Kurz. Ich bitte, Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Das Gesetz ist damit angenommen. Es trägt den Titel: „Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages über Mediendienste“.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 29

#### Abstimmung über Anträge, die nicht einzeln beraten werden

Da die Behandlung folgender Anträge von den jeweils federführenden Ausschüssen zurückgestellt worden ist, müssen diese von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das sind:

Listennummer 46, Antrag der Abgeordneten Dr. Jung, Prof. Dr. Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) betreffend Vorlagepflicht des Sozialversicherungsausweises gegenüber der Polizei (Drucksache 13/7605);

Listennummer 53, Antrag der Abgeordneten Dr. Scholz, Dr. Kaiser, Leichtle und anderer und Fraktion (SPD) betreffend Praktische Hilfe Mittelstand; EDV-gestützte Förderprogramme (Drucksache 13/7706);

Listennummer 63, Antrag des Abgeordneten Dr. Heinz Köhler und anderer und Fraktion (SPD) betreffend Umsetzung der Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie 91/271 EWG (Drucksache 13/7878).

Auf Wunsch des Herrn Abgeordneten Kurz soll sein auf der Liste unter der Nummer 30 aufgeführter Antrag betreffend Förderung der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“ auf Drucksache 13/7461 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Außerdem hat die CSU-Fraktion beantragt, die Listennummern 76 und 77 von der Tagesordnung abzusetzen. Es handelt sich um die Anträge der Abgeordneten Dr. Baumann, Dr. Schuhmann, Coqui und anderer und Fraktion (SPD) betreffend Nebentätigkeiten von Professorinnen und Professoren an bayerischen Universitäten bzw. Universitätskliniken; das sind die Drucksachen 13/8026 und 13/8027. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Die Listennummern 30, 76 und 77 werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Von der Abstimmung werden außerdem die Listennummern 9 und 15 ausgenommen. Listennummer 9 - das ist der Antrag des Abgeordneten Dr. Bernhard und anderer und Fraktion (CSU) betreffend Sportunterricht (Drucksache 13/6616) - soll auf Antrag der CSU-Fraktion zusammen mit Tagesordnungspunkt 81 behandelt werden.

Listennummer 15 - das ist der Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfle, Dr. Weiß, Hölzl und anderer und Fraktion (CSU) betreffend Sicherung der Zuverlässigkeit und Sachkunde im Bewachungsgewerbe (Drucksache 13/6802) - soll, ebenfalls auf Antrag der Fraktion der CSU, zusammen mit den Tagesordnungspunkten 75 und 76 aufgerufen werden.

Die Fraktion der CSU hat beantragt, die Listennummern 1 und 55 gesondert zu beraten. Ich rufe deshalb zunächst Listennummer 1 auf:

#### Antrag der Staatsregierung

#### Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Nationalpark Bayerischer Wald (Drucksache 13/8052)

Ich eröffne dazu die Aussprache. Die Redezeit beträgt 15 Minuten pro Fraktion. Wortmeldungen? - Frau Peters, dann Kollege Sinner.

(Sinner (CSU): Unglaublich! - Loscher-Frühwald (CSU): Er war Berichterstatter im Ausschuß!)

- Dann schlage ich vor, daß zunächst Kollege Sinner spricht.

**Sinner (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach unserer Auffassung ist es die Verordnung zur Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald wert, gesondert behandelt zu werden anstatt in einer Sammelabstimmung.

Der Nationalpark Bayerischer Wald entstand im Jahr 1969 durch Initiativen aus dem Bayerischen Landtag, die in großer Einmütigkeit damals beschlossen wurden. Sie gingen auf den gemeinsamen Beschluß vom 14. Februar 1967 der drei Kreistage von Wolfstein, Grafenau und Wegscheid zurück, welche die Staatsregierung baten, im Staatsforstgebiet um den Lusen einen Nationalpark zu errichten. Dieser Nationalpark hat sich in den folgenden 25 Jahren sehr gut entwickelt. Er ist international anerkannt. Bayern war 1970 in europäischen Naturschutzjahr führend und hat den ersten Nationalpark in Deutschland eröffnet. In Berchtesgaden wurde der zweite Nationalpark in Deutschland eröffnet. Heute gibt es nach der Wiedervereinigung in Deutschland insgesamt 12 Nationalparks. Die Bayern waren jedenfalls die ersten; die beiden bayerischen Nationalparks sind, wenn der internationale Standard angelegt wird, in Deutschland führend und wohl auch in Europa.

Die Bayerische Staatsregierung hat beim 25jährigen Jubiläum des Nationalparks Bayerischer Wald im Jahr 1995 seine Erweiterung angekündigt. Die meisten hier im

Hause haben miterlebt, daß die Erweiterung des Nationalparks keineswegs mehr so unumstritten war wie seine Eröffnung im Jahr 1970. Vor allem in den Randgemeinden, sowohl des jetzigen Nationalparks als auch des Erweiterungsgebiets, hat sich Widerstand geregt. Bürgerentscheide haben sich teilweise gegen die Erweiterung gewendet. Der Kreistag Regen, der unmittelbar betroffen ist, hat sich nur mit sehr knapper Mehrheit für die Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald ausgesprochen.

Der Landtag, der dieser Verordnung der Staatsregierung, wenn sie Rechtskraft erlangen soll, zustimmen muß, hat sich mit der Erweiterung sehr intensiv befaßt und vor Ort Anhörungen durchgeführt. Letztmals waren die Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Landesentwicklung und Umweltfragen am 19. Juni 1997 im Nationalpark Bayerischer Wald. Beide Ausschüsse haben die Situation vor Ort auf dem Lusengipfel angesehen und haben mit den Bürgern in einer Anhörung noch einmal die jetzt vorliegende Verordnung diskutiert.

Viele, die an der Exkursion auf den Lusen teilgenommen haben, waren erstaunt über die Entwicklung, teilweise schockiert. Trotzdem muß man von der Zweckbestimmung des Nationalparks ausgehen, die letzten Endes ein von menschlichen Einflüssen weitgehend freies Wachsen von Wald und Natur vorsieht. Nur muß man damit rechnen, daß sich die Natur nicht an das hält, was wir in Verordnungen beschließen und was unseren ästhetischen, ökologischen oder ökonomischen Vorstellungen entspricht. Die Natur geht ihre eigenen Wege, und diese Wege sind auf den ersten Blick manchmal nicht nur menschenfreundlich, sondern menschenfeindlich.

Wir sind an Kulturwald und Kulturlandschaft gewöhnt. Abgestorbene Bäume gibt es in unseren Wäldern relativ selten; denn sie werden am Ende ihrer Lebensdauer geerntet. In einem Nationalpark findet eine Holzernte aber nicht statt, und deshalb stehen dort am Ende ihrer Lebenszeit dürre Bäume. Das ist in allen Nationalparks der Welt so. Erschütternd für die Menschen ist aber vor allem die Tatsache, daß Bäume nicht nur punktuell, sondern auf großen Flächen, auf dem Kamm des Bayerischen Waldes, absterben. Auf mehreren tausend Hektar stehen dürre Bäume. Dieser Anblick ist für die Bewohner des Bayerischen Waldes schrecklich, und sie denken dabei an die Situation vor über 120 Jahren, als der Bayerische Wald von einer ähnlichen Borkenkäferkatastrophe heimgesucht wurde. Damals beschrieb ein Augenzeuge den Blick vom Lusen folgendermaßen - ich zitiere -:

Soweit das Auge reicht, gibt es nach allen Richtungen hin kahle, abgeholzte Bergrücken mit einigen traurigen Bestandsresten oder abgestorbene Bestände. Allenthalben steigt Rauch auf, durch die Feuer veranlaßt, in welchen man die geschälte Rinde verbrennt. Es ist ein Anblick, wie er kaum trauriger für das Auge eines Forstmannes gedacht werden kann.

So der königlich-bayrische Forstexperte Dr. Adolf Schwapach im Jahre 1875 auf dem Lusengipfel. Einen ähnlichen Anblick hatten die beiden Ausschüsse auch. Nach dem

Besuch ist sehr viel Verständnis für die Probleme der Bürger entstanden, die im Bayerischen Wald am und im Nationalpark leben; denn sie haben diese Erinnerung. Noch heute finden Wallfahrten statt, um den Wald vor einer Borkenkäferkalamität zu bewahren. Wenn sich die Borkenkäfer aufgrund staatlicher Verordnung austoben und den Wald vernichten dürfen, gibt es große Probleme hinsichtlich des Verständnisses für eine Erweiterung des Nationalparks.

(Starzmann (SPD): Wenn Sie soviel reden, kommt Herr Blöchl nicht mehr zu Wort!)

Hinzu kommt,

(Hofmann (CSU): ... daß der Borkenkäfer nicht zur Wallfahrt geht!)

daß man die Situation, obwohl dies möglich gewesen wäre, nicht vorhergesehen hat. Bund Naturschutz und andere haben das Thema sogar verniedlicht. So behaupteten noch im Jahr 1995 die für den Naturschutz im Nationalpark Zuständigen, daß die selbstverordnete Nichteingriffsstrategie den Käfer allmählich mattsetze. Offenbar hat der Käfer diese Erklärung aber nicht gelesen und sich ganz anders entwickelt, als von der Verwaltung erwartet. Und Staatsminister Erwin Huber hat aufgrund dieser Aussagen an Frau Henriette Braumandl in Waldhäuser noch 1995 geschrieben - ich zitiere -:

Aus der Sicht der Staatsregierung bestehen derzeit keine Gründe für eine Invasion von Borkenkäfern.

Nur haben sich die Borkenkäfer nicht an die Meinung der Staatskanzlei gehalten, sondern sind ihre eigenen Wege gegangen. Ich sage das nicht vorwurfsvoll; denn es hätte auch anders kommen können. Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung ist aber das Vertrauen der Bevölkerung in Prognosen und Voraussagen, die den Nationalpark betreffen, erschüttert. Unsere Aufgabe war es, in der Beratung im Landtag die Bedenken der Bevölkerung aufzunehmen und nach Wegen zu suchen, wie wir wieder Vertrauen schaffen und eine Akzeptanz herstellen können, die die Erweiterung des Nationalparks, der zu dem großen Naturerbe gehört und der von Adalbert Stifter im „Hochwald“ beschrieben wurde, für die örtliche Bevölkerung akzeptabel macht; denn diese Erweiterung ist sinnvoll und notwendig.

Wir haben uns in Fortführung der Tradition der Beschlüsse des Bayerischen Landtags von 1969 bemüht, in einem parteiübergreifenden Konsens eine Verbesserung der Verordnung zu finden. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Frau Kollegin Peters, der Mitberichterstatterin, und bei Frau Kollegin Lödermann

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

dafür bedanken, daß es in einer gemeinsamen Vorlage möglich war, die Verordnung so zu ändern, daß die wesentlichen Anliegen der Bevölkerung aufgenommen werden konnten. Wir schlagen folgende Änderungen vor, um in der Bevölkerung Akzeptanz zu schaffen:

Erstens. Pflege des Schutzstreifens auch gegenüber staatlichen Wäldern außerhalb des Nationalparks, das heißt, Ziehung einer Sanitärzone gegenüber allen anderen Wäldern außerhalb des Nationalparks, um eine Ausbreitung des Borkenkäfers in angrenzende Gebiete zuverlässig zu verhindern.

Zweitens. Verzicht auf Bekämpfungsmaßnahmen gegen die zu weit fortgeschrittene Käferinvasion im Hochlagenwald zwischen Rachel und Lusen; denn andernfalls würde der Wald durch Maschineneinsatz vernichtet. Das wäre der Tod des Nationalparks Bayerischer Wald durch forstliche Eingriffe; die internationale Anerkennung würde gefährdet. Wir sagen aber ganz klar, daß im Erweiterungsgebiet von 11 000 Hektar zwischen Rachel und Falkenstein in den Hochlagen die bisherige Borkenkäferbekämpfungsmaßnahmen fortgeführt und aktive Maßnahmen ergriffen werden müssen,

(Frau Lödermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Chemie!)

damit ein Übergreifen der Borkenkäferkatastrophe auf den landschaftlich und mit seinen Fichtenrassen wertvollen Hochlagenwald, der jetzt neu zum Nationalpark hinzukommt, für die nächsten 20 Jahre zuverlässig verhindert wird. Im alten Nationalpark können die Prozesse dagegen ungestört weiterlaufen. Unsere Nachfolger können in 20 Jahren entscheiden, ob man im Erweiterungsgebiet auf menschliche Eingriffe völlig verzichten kann.

(Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Diese Lösung schließt ein, daß auch unterhalb der Hochlagen in den Hanglagen - ich sage das mit Blick auf die Kollegen aus dem Bayerischen Wald - ein Schutzstreifen ausgewiesen werden muß, in dem der Käfer bekämpft wird, damit er sich nicht ausbreiten kann. Damit dürfte sich Vertrauen gewinnen und Akzeptanz für den Nationalpark Bayerischer Wald schaffen lassen.

In der Diskussion hat sich gezeigt, daß der Bund Naturschutz, der die weitgehende Vergrößerung des Nationalparks gefordert hat, in den Gesprächen vor Ort leider sehr zurückhaltend war.

(Hofmann (CSU): So ist es!)

Deshalb ein Zitat des Vorsitzenden des Bund Naturschutz, der sich im Frühjahr 1995 wie folgt geäußert hat:

Ich teile die Meinung des Ministerpräsidenten, daß die Verwirklichung dieses Projekts nur im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern der betroffenen Gemeinden erfolgen kann. Die deutschen Naturschutzverbände bieten ihre volle Unterstützung bei dieser Akzeptanzfindung an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht so sein, daß der Bund Naturschutz die großen Forderungen stellt, wenn es aber darum geht, die Akzeptanz zu finden, wir als Politiker, die Landräte, die Abgeordneten und die Bürgermeister die Arbeit machen müssen, wonach der Bund Naturschutz das Lob einheimst und wir die Prügel

einstecken. Diese Arbeitsteilung können wir nicht mitmachen.

(Beifall)

Ich erwarte deshalb, daß der Bund Naturschutz diesen von uns gefundenen Kompromiß inhaltlich mitträgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausschüsse, die sich mit der Verordnung befaßt haben, haben mit unterschiedlichen Mehrheiten dieser Verordnung mit den von mir vorgetragenen Änderungen zugestimmt. Ich bitte Sie heute, der Verordnung mit den vorgetragenen Änderungen zuzustimmen. Dann können wir mit Fug und Recht sagen, daß wir einerseits den internationalen Standard unseres Nationalparks Bayerischer Wald, auf den wir stolz sind, erhalten haben und daß wir andererseits einen Weg aufgezeigt haben, wie wir der Natur und der Bevölkerung Zeit lassen, sich an diesen Nationalpark zu gewöhnen, und wie wir auf die Sorgen der Bevölkerung eingehen.

Wir wollen den Nationalpark im Bayerischen Wald. Wir stehen zu der Erweiterung. Wir haben in einer Zeit viel Geld dafür ausgegeben, in der anderswo wenig für Umweltschutz und Naturschutz ausgegeben wurde. Die Nationalparkverordnung soll die Bevölkerung einbinden und auf breiter Front eine positive Entwicklung des Nationalparks Bayerischer Wald sichern. Wir haben mit der Erweiterung des Nationalparks den Umweltschutz ein großes Stück vorwärts gebracht. Wenn der Landtag in großer Einmütigkeit dieser Erweiterung und dem Projekt zustimmt, wäre das ein guter Start für das weitere Gedeihen des Nationalparks Bayerischer Wald.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Peters. Ich weise vorsorglich noch einmal darauf hin, daß die Redezeit pro Fraktion 15 Minuten beträgt. Bitte, Frau Kollegin.

**Frau Peters (SPD):** Frau Präsidentin, Kollegen, Kolleginnen! Ich möchte vorausschicken: Sollten sich die einen oder anderen wundern, daß ich die 15 Minuten ausnutze, so bitte ich um Verständnis. Es gilt noch Überzeugungsarbeit zu leisten, nämlich bei den örtlichen Abgeordneten, die immer noch nicht der Meinung sind, die wir hier vertreten.

(Dr. Weiß (CSU): Bei uns war es nicht anders! - Hofmann (CSU): Das gibt es doch nicht!)

Kollegen, Kolleginnen, wir sind für den Nationalpark, wir sind für die Erweiterung des Nationalparks. Wir sahen und sehen die Idee immer noch positiv, meinen aber, daß das fundamentalistische Umgehen und Wirken im Nationalpark nicht notwendig ist. Ich werde das anhand meiner Ausführungen zu belegen versuchen.

1970 - Kollege Sinner hat es angesprochen - war man vor Ort sehr euphorisch und hat den Nationalpark begrüßt

Daß man das jetzt nicht mehr tut, hat seine Ursachen sicher auch darin, daß Fehler gemacht worden sind, daß zum Beispiel Anweisungen des Ministers Nüsse! nicht Folge geleistet wurde, nämlich dort den Borkenkäfer zu bekämpfen.

Lassen Sie mich ein bißchen Geschichtsbewältigung betreiben, was den Nationalpark angeht. Ich darf den Ministerpräsidenten nennen, der in seiner Rede zum 25jährigen Geburtstag des Nationalparks einen Schwur getan hat. Er hat geschworen, dafür einzutreten, daß dieser sich zum Urwald zurückentwickelnde einstige Wirtschaftswald für alle Zeiten unangetastet bleibe von Säge und Pflanzspaten der Förster. Auch Roman Herzog hat sein Credo abgeliefert. Ich meine, wir sind einer Meinung, was den Verzicht auf Nutzung anlangt, nicht aber was die Säge und den Pflanzspaten angeht.

Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister haben die Rechnung ohne den Winzling Ipstypographis gemacht, also ohne den Buchdrucker oder Borkenkäfer, wie er auch genannt wird. Sie haben die Rechnung ohne das forstliche Sekundärphänomen, wie es auch so schön heißt, gemacht.

(Kobler (CSU): Und ohne die Betroffenen!)

Der Borkenkäfer vollstreckt das Todesurteil, das die Industriegesellschaft über große Teile ihrer Wälder verhängt. Das ist so. Geschädigte Wälder werden schneller vom Borkenkäfer befallen als gesunde Wälder.

Daß es den Borkenkäfer nicht erst seit ein paar Generationen gibt, kann ich mit Fug und Recht behaupten. Ich komme aus dem kleinen Ort Holzkirchen, dessen Einwohner seit über 400 Jahren nach Bogenberg wallfahrten. Man hat herausgefunden, daß der Borkenkäfer der Grund dafür gewesen ist. Ich könnte süffisant anmerken: Die Herren könnten es mal versuchen. Herr Brunner, versuchen Sie es doch einmal mit wallfahrten. Oder ist Ihr Glaube auch darin schon etwas beeinträchtigt?

In der Vorbereitungszeit zur Erweiterung hat man zwei Fehler gemacht. Man hat die Waldler, die Einheimischen, als Aufsässige bezeichnet. Ich meine, daß es nicht sein kann, daß man Menschen, die für ihre Heimat eintreten, als aufsässig bezeichnet. Der zweite Fehler war, daß man die Idee in München geboren und gemeint hat, die Begeisterung wäre vor Ort genauso groß wie in München, sie wäre genauso schön und einmalig, wie das der Bund Naturschutz und das Kabinett beschlossen haben. Herr Sinner hat vorhin angedeutet, daß auch der Finanzminister vor einiger Zeit dort war. Er ist Niederbayer, und man könnte meinen, daß er davon etwas gewußt oder verstanden hat. Er ist der Überzeugung, daß kein Handlungsbedarf nötig sei.

Wie schon gesagt: Die Akzeptanz wächst mit jedem Meter Entfernung. Es wurde übersehen, daß die Gegner nicht aufsässig und nicht ökologieblind sind. Sie haben regelrecht Angst, daß das ökologische Gleichgewicht nachhaltig gestört ist - ich bitte das zu bedenken - und der Wald nur sehr spärlich oder überhaupt nicht nachwächst. Das hat man zu wenig ernst genommen.

Aber die Begeisterung hält sich auch deswegen in Grenzen, weil der Nationalpark die Betretungsrechte einschränkt. Man muß wissen, daß im Bayerischen Wald jahrhundertlang Waldrechte bestanden haben, die die einzelnen ermächtigt, den Wald zu nutzen. Daher ist die Beziehung zum Wald - „unsä Woid“ - zu verstehen. Ich meine: Der Woid g'hört zum Menschen und der Mensch zum Woid. Und man muß weiterphilosophieren dürfen: Was wäre der Waldler ohne Woid?

(Kobler (CSU): Der borkenkäferfreie Wald!)

Ich will nicht verhehlen, Kolleginnen und Kollegen, daß im Erweiterungsgebiet des Nationalparks besonders viele sozialdemokratische Bürgermeister sind. Deswegen waren wir schon länger vor Ort und haben unsere Sorgen und Erkenntnisse vor einem Jahr in Anträge, in schriftliche Anfragen gegossen. Ich wünschte mir, wir hätten mehr Unterstützung erfahren. Wie gesagt: Wir waren ein Jahr früher vor Ort, kamen, sahen, waren betroffen und formulierten Anträge.

(Dr. Weiß (CSU): Wir haben länger gebraucht, weil wir mehr sind!)

Ich darf aus einer schriftlichen Anfrage zitieren. Ich habe gefragt:

4. Ist eine Ausweitung des 500-Meter-Schutzstreifens, um das Übergreifen des Borkenkäfers zu verhindern, möglich? An welche Ausmaße wurde dabei gedacht?
5. Können weitergehende Borkenkäferbekämpfungsmaßnahmen in der Nationalparkverordnung verankert werden? Wenn ja, welche?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wallner?

**Frau Peters (SPD):** Nein, tut mir leid, die Zeit wird mir zu knapp.

Darauf antwortete das Landwirtschaftsministerium, daß je nach Gefährdungszone über 500 Meter hinaus Borkenkäferbekämpfungsmaßnahmen in konkreten Einzelfällen möglich sein werden. Weitere Maßnahmen, so hieß es damals, müßten im Einklang mit dem Schutzzweck stehen. Das solle durch eine entsprechende Ergänzung des § 13 geschehen.

In einem unserer Anträge haben wir ein wasserwirtschaftliches Gutachten verlangt. Insbesondere sollte das flächenhafte Absterben des Waldes mit folgenden Schwerpunkten untersucht werden: Welche Auswirkung hat dies auf den Wasserhaushalt, insbesondere auf Trinkwasserqualität und -menge? Welche Auswirkung hat dies auf die Wasserrückhaltekapazität? Welche Veränderungen der Abflußgeschwindigkeiten und mögliche Hochwassergefahren sind zu befürchten? Welche Auswirkung hat dies auf die Trinkwassertalsperre?

Damals, Kolleginnen und Kollegen, hielten Sie es für unmöglich, daß der Wald großflächig absterben kann. Damals gab es auch eine völlig andere Diskussion. Man hat zum Beispiel am 13.11.1996 - da gab es den Hochlagenbericht - von einem Viertel befallener Hochlagen gesprochen. Man hat weiter gesagt: 92 % der Hochlagenflächen weisen eine Verjüngung vor, bei 8 % sind ein paar Pflänzchen zu finden. Außerdem hat man bei der damaligen Diskussion gesagt, gerade die Maßnahmen außerhalb des Nationalparks hätten regulierend gewirkt. Davon, Kolleginnen und Kollegen, kann heute keine Rede mehr sein.

Damals hat der Herr Minister gesagt: Wir wollen keine faulen Kompromisse eingehen. Man hat den Nationalpark gelobt, seine Borkenkäferbekämpfung, und hat ihn als Modell dargestellt. Außerdem wurde betont, daß es keine Beeinträchtigung der Schutzfunktion im Bayerischen Wald gebe, weil dort die Berge nicht so hoch sind. Das Experiment wurde als „spannend“ und „hochinteressant“ bezeichnet. Natürlich mag das vor Ort fast etwas zynisch klingen.

Ich habe am 20.06.1996 das Totholzmaß darzustellen versucht. Ich bin froh - so darf ich sagen -, daß es möglich war, daß der Landwirtschafts- und der Umweltausschuß hingefahren sind, es angeschaut haben - ich darf es noch einmal sagen -, kamen, sahen, betroffen waren, nach Hause fahren und etwas getan haben, nämlich die Veränderungen vorbereitet, die Sie heute absegnen sollen.

Ich darf auch daran erinnern, daß die Vertreterin der GRÜNEN, Frau Lödermann, vor einem Jahr gesagt hat, ich hätte Horrorgemälde entwickelt. Es dürfe doch nicht sein, daß man mit Bildern manipuliere. Ich meine, man hat gesehen, daß das kein Manipulieren war, sondern daß es tatsächlich so war. Herr Sailer war auch dabei.

Ich schaue auf die Uhr, ich muß mich etwas kürzer fassen. Ich hoffe, daß ich die örtlichen Abgeordneten mittlerweile überzeugt habe.

(Dr. Weiß (CSU): Die Überzeugungskraft läßt langsam nach!)

Vor einem Jahr hat man gesagt, es gehe um 15 bis 20 % der Fläche. Man hat deutlich gemacht, daß der Wald nicht großflächig abgestorben oder geschädigt sei. „Großflächig“ heißt, daß innerhalb einer Fläche von 2000 Hektar 50 bis 100 Hektar am Stück abgestorben sein müssen. Genauer betrachtet heißt „abgestorbene Fläche“ nichts anderes, als daß die Altbäume abgestorben sind und Nachwuchs nicht vorhanden ist.

(Franz Meyer (CSU): Sind Sie dafür, oder sind Sie dagegen?)

Ich darf aus dem Protokoll vom 20.06.96 auf Seite 84 zitieren:

Daß es zu einem großflächigen Absterben kommen könnte, 50 bis 100 Hektar und mehr, zur Tabula rasa, zu nacktem Boden, ist für die Hochlagen wie auch für sämtliche Hang- und Tallagen ausgeschlossen.

Es geht weiter, deswegen sähen Sie die Grundannahme in diesem Antrag, nämlich daß der Wald großflächig abstirbt, nicht als gegeben an.

Ich darf mich wiederholen: Herr Kolo hat damals Herrn Sailer als messianischen Eiferer bezeichnet. Wo er recht hat, hat er recht. Die Wasserwirtschaft hat damals festgestellt: Wenn sich am Wald nichts ändert, ändert sich auch am Wasser nichts. Aber der Umkehrschluß ist genauso möglich.

Wir haben bei den Beratungen sehr lange darüber gestritten: Was wird denn, wenn der Wald großflächig abstirbt? Aber wenn man das abstreitet, kann man natürlich nicht von dieser Annahme ausgehen. Wer den Stand am Lusen gesehen hat - da hilft kein Europa-Diplom und auch nicht die höchste Naturschutzauszeichnung, dadurch konnte das Auge nicht getrübt werden -, mußte betroffen sein.

Wenn Herr Bocklet sagt: „Wenn ‚Nationalpark‘ draufsteht, muß Nationalpark drin sein“, dann frage ich: Wo steht das? Damit bin ich bei den IOCN-Richtlinien. Ich meine, diese Richtlinien geben sehr viel mehr her. Wenn für einen Nationalpark der Kategorie II als gleichwertige Kriterien nebeneinander stehen: Erhaltung der Arten und der Vielfalt sowie Erhaltung von Umweltdienstleistungen, Tourismus und Erholung, dann kann man meiner Meinung nach nicht das erste Kriterium priorisieren.

Dieses Kriteriensystem ist international und dient dem internationalen Vergleich. Richtlinien müssen zwangsläufig - ich denke, da muß man sehr genau hinschauen - flexibel auf nationaler und internationaler Ebene gehandhabt werden. Ich meine, Kolleginnen und Kollegen, der Fundamentalismus, den wir zum Teil üben, ist ein deutsches Problem. Der Begriff „Nationalpark“ bezeichnet ganz unterschiedliche Dinge in verschiedenen Ländern. Ich denke an die USA, die mit Brand und Säge hineingehen. Dennoch hat man ihnen die Anerkennung noch nicht weggenommen.

Ich darf meine Ausführungen abkürzen. Herr Sinner hat die Veränderungen vorgetragen. Herr Bocklet hat angeführt, er habe Großes mit dem Nationalpark vor. Ich hoffe, daß es mit diesen Veränderungen auch wirklich gelingt, daß es Großes wird. Diese Veränderungen decken sich mit der Resolution des Bayerischen-Wald-Vereins. Ich kann dazu sagen, auch Landrat Wöfl sieht das positiv, insbesondere die Borkenkäferbekämpfung. Lassen Sie uns zusammenwirken. Lassen Sie uns miteinander darüber abstimmen, damit wir nicht in einigen Jahren sagen müssen: „Der Wald war schön.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Nächste Rednerin Frau Kollegin Lödermann. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Frau Lödermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Sinner hat schon gesagt, daß der Nationalpark Bayerischer Wald mit 27 Jahren auf dem Buckel der

dienstälteste Nationalpark in Deutschland ist. Zum Auftakt des zweiten Europäischen Naturschutzjahres 1995 hat sich Hubert Weinzier vom Bund Naturschutz zum 25. Geburtstag des Nationalparks ein besonderes Geschenk von Ministerpräsident Stoiber erbeten: Er hat angeregt, daß der bestehende Nationalpark um rund 10 000 Hektar Staatswald erweitert wird.

Die Bayerische Staatsregierung hat diesen Vorschlag dankenswerterweise aufgegriffen, und so können wir heute der Verordnung über den erweiterten Nationalpark Bayerischer Wald zustimmen. Ich sage es aus ganzem Herzen: Für mich und für viele Menschen draußen ist heute ein Freudentag für den Natur- und Artenschutz in Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß das einige Kolleginnen und Kollegen anders sehen, akzeptiere ich. Aber ich kann hier für meine Fraktion, für die Umweltverbände und, wie ich meine, auch für die Mehrheit im Bayerischen Landtag sprechen.

Der Weg bis zu diesem Tag war nicht leicht. Aus unserer Sicht wurde am Anfang ein sehr gravierender Fehler gemacht: In der Zeit zwischen der Bekanntgabe, daß der Nationalpark erweitert werden soll - das war im Februar 1995 durch eine Pressemitteilung des Bundes Naturschutz -, und dem Zeitpunkt, als Minister Bocklet im Kabinett den Auftrag bekam - das war im Mai 1995-, herrschte ein Informationsvakuum. Das konnte dazu benutzt werden, daß sich ein sehr breiter Widerstand vor Ort organisiert hat. Ich muß auch sagen, daß daran die bayerische Forstverwaltung auf lokaler Ebene massiv mitgewirkt hat. Es gab eine Vielzahl von sachlichen Argumenten, gerade auch aus der Kommunalpolitik. Es gab aber auch eine Argumentation, die - so kann ich nur sagen - voll daneben und völlig indiskutabel war.

Zum Beispiel wurde behauptet, daß der Bayerische Wald zwar den dreißigjährigen Krieg und die Pest überlebt habe, daß aber der Nationalpark die schlimmste aller Geißeln sei. Wir haben im Landtag die Befürchtungen und Argumente der Kommunalpolitiker, der Bevölkerung vor Ort und der Gegner sehr ernst genommen. Herr Kollege Sinner hat bereits ausgeführt: Wir haben uns zweimal vor Ort den Diskussionen gestellt.

Auch die Bayerische Staatsregierung hat eine ganze Reihe von Anregungen aufgegriffen. Ich nenne Stichworte wie Verkehrsgutachten, Sicherung der Wasserversorgung, Grenzübergang Bayerisch Eisenstein. Herr Kollege Sinner hat bereits dargestellt, daß wir in einem gemeinsamen Antrag, der nach einer Ortsbesichtigung auf dem Lusen entstanden ist, Maßnahmen festgelegt haben. Es ist mir nicht leichtgefallen zuzustimmen, daß in den Hochlagen des Erweiterungsgebietes ohne Chemie, sondern nur durch das Fällen von Bäumen und das Entfernen ihrer Rinden die Borkenkäfer bekämpft werden sollen; die Bäume sollen auch liegenbleiben. Aber diese Maßnahme erhöht die Akzeptanz des Nationalparks vor Ort, und ich weiß auch, daß ein Nationalpark nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden kann.

(Zuruf von der CSU)

Für mich war es nicht leicht, diese Beschlußvorlage mitzutragen, weil ich eine andere Sicht- und Denkweise habe. Ich meine, daß es einer reichen Gesellschaft wie unserer möglich sein muß und wir es uns leisten können und müssen, ein kleines Stück unseres Landes mit allen Konsequenzen der Natur zu überlassen. Ich weiß auch, daß der Wald nicht wie wir Menschen in Fünf- oder Zehn-Jahres-Rhythmen lebt, sondern daß er sich über bis zu 100 Jahren entwickelt. Es ist oft so, daß ein Wald großflächig abstirbt und in einer anderen Zusammensetzung nachwächst. Viele Menschen in der Bevölkerung teilen diese Auffassung aber nicht. Deshalb ist der Antrag von Herrn Sinner, Frau Peters und mir ein guter Kompromiß.

Es war mir wichtig, daß die neue Nationalparkverordnung über alle Fraktionsgrenzen hinweg heute beschlossen wird und wir damit ein deutliches Signal nach außen geben, auch an die Adresse der Erweiterungsgegnerinnen und -gegner. Die Erweiterung ist keine Geißel für die Bevölkerung im Bayerischen Wald, sondern eine einmalige Chance für sie. Die Staatsregierung erweitert das Gebiet nicht nur, sondern gibt über 30 Millionen DM für die weitere Entwicklung der dortigen Gegend aus.

(Zuruf von der CSU: Um noch mehr Blechdo-  
sen der Touristen zu bekommen!)

- Herr Kollege, das war kein guter Zwischenruf. Viele Bundesbürger wünschen sich mehr Nationalpark, und über 1,5 Millionen Menschen kommen jedes Jahr in den Bayerischen Wald, um den Nationalpark zu besuchen. Der Nationalpark ist der Werbeträger der gesamten Gegend. Herr Wallner, Sie brauchen nicht die Hände vor den Kopf schlagen. Sie müßten einmal die Prospekte lesen; alle Gemeinden werben mit dem Nationalpark Bayerischer Wald.

(Widerspruch bei der CSU)

Der Nationalpark ist über den Tourismus einer der größten Arbeitgeber der Gegend. Nach der Statistik verzeichnete der Nationalpark Bayerischer Wald allein 1996 Besucher aus 40 Ländern. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sie der Sache skeptisch gegenüberstehen, ich darf Sie fragen, was aus dem Tourismus im Bayerischen Wald geworden wäre, wenn die Staatsregierung 1970 nicht beschlossen hätte, im Landkreis Freyung-Grafenau den ersten deutschen Nationalpark einzurichten.

Herr Kollege Wallner, Sie haben im Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen gesagt, Sie hätten bereits Luchs- und Wolfsspuren entdeckt, und deswegen blieben bereits die Kurgäste weg aus Angst davor, daß ihre Kinder von Luchsen und Bären von den Parkbänken gerissen würden. Darüber kann ich nur schallend lachen. Jährlich fliegen Hunderttausende von Deutschen und Europäern mit Devisen in ihren Koffern in die Nationalparks Nordamerikas, um unberührte Landschaften und Luchse, Wölfe und Bären zu sehen. Da muß ich sagen, ich bin froh, daß die Tiere in unseren Bereichen wieder heimisch werden.

(Widerspruch des Abgeordneten Wallner (CSU))

- Eine bessere Werbung, als zu sagen, hier sind der Luchs, der Wolf und der Bär wieder ansässig, gibt es nicht. Die Erweiterung des Nationalparks bietet die einmalige Chance, in diesem größten zusammenhängenden Waldgebiet in Mitteleuropa den Lebensraum für Pflanzen und Tiere, aber auch den Erholungsraum für Menschen auch für künftige Generationen zu sichern. Ein Gebiet, in dem der Eisvogel, der Schwarzstorch, der Weißrückenspecht, der Fischotter, der Luchs, alte Bäume und eine Vielzahl wertvoller Pflanzen vorkommen, ist keine Plage, sondern eine Kostbarkeit und ein Schatz für uns und die Menschen, die nach uns leben werden.

(Kobler (CSU): Den Eisvogel gäbe es ohne Nationalpark auch!)

Ich lasse mir dies nicht madig machen. Solche Landschaften mit ihrer Flora und Fauna muß man als Edelsteine begreifen und nicht als Bedrohung. Auch leistet der Nationalpark Bayerischer Wald erhebliche Bildungsarbeit, nicht nur durch die Gehegezone, sondern dort können Menschen Natur, Landschaft und ökologische Zusammenhänge erfahren. Der Nationalpark Bayerischer Wald hat von allen deutschen Nationalparks den besten Ruf und höchsten Stellenwert.

Die Zeit ist reif für einen Wertewandel im Umgang mit der Natur. Pflanzen und Tiere sind Mitgeschöpfe und haben einen eigenen Wert, unabhängig von ihrem Nutzen für uns Menschen. Ich bin der festen Überzeugung - darüber können wir in einigen Jahren diskutieren -, daß die Erweiterung des Nationalparks nicht nur ein Segen für die Natur, sondern auch für die dort lebenden Menschen ist.

(Kobler (CSU): Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, die dort wohnen müssen!)

- Auch ich war mehrmals vor Ort und habe mich den Diskussionen der Bevölkerung gestellt, nicht nur bestimmten Leuten, sondern auch den Gegnern. Herr Kobler, Sie können mir nicht unterstellen, daß ich mich vor irgend etwas drücke. Eine Eigenschaft habe ich nicht, nämlich Feigheit. Ich diskutiere wirklich auch mit den Leuten vor Ort.

Erfreulicherweise wagt heute der Landtag das Abenteuer Natur und ist die Staatsregierung - inklusive des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Stoiber und des Herrn Staatsministers Bocklet - nicht dem Druck gewichen. Ich wünsche mir, daß der Landtag über alle Fraktionsgrenzen hinweg der Verordnung zur Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald zustimmt.

(Beifall bei der SPD, beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Weiß (CSU))

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verbleibt eine Redezeit von drei Minuten. Frau Kellner, wollen Sie diese Redezeit ausnutzen? - Nein. Dann erteile ich Herrn Staatsminister Bocklet das Wort. Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Bocklet** (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute mit der Absicht, den Nationalpark Bayerischer Wald um rund 11 000 Hektar zu erweitern, am Ende eines über zwei Jahre andauernden Diskussions- und Entscheidungsprozesses. In dieser Zeit haben eine Vielzahl von Veranstaltungen und Gesprächen stattgefunden, die vor allem darauf ausgerichtet waren, bei der Bevölkerung eine möglichst hohe Akzeptanz für die Erweiterung zu erreichen.

Wir haben während dieser Zeit wiederholt mit Vertretern der Kommunen die Auswirkungen eines vergrößerten Nationalparks diskutiert, aber auch in öffentlichen Veranstaltungen die Bürger im Zwieseler Winkel über die Nationalparkerweiterung informiert.

Im Bayerischen Landtag habe ich am 8. November 1995, am 8. Mai 1996 und zuletzt am 13. November 1996 dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie dem Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen über den jeweils aktuellen Stand der Gespräche und Diskussionen mit den Betroffenen berichtet. Beide Ausschüsse haben sich am 9. November 1995 sowie am 19. Juni 1997 vor Ort zusätzlich informiert.

Die Bayerische Staatsregierung hat in den vergangenen beiden Jahren wiederholt erklärt, daß der bestehende Nationalpark Bayerischer Wald auf insgesamt 24 250 Hektar erweitert werden soll. Wir sehen darin eine einmalige Chance, ein in seiner Größe einzigartiges Waldgebiet als ursprüngliche Naturlandschaft und gleichzeitig als Erholungsraum dauerhaft zu sichern. Wald soll dort wieder zu echtem Urwald werden, um ein wertvolles Naturerbe für nachfolgende Generationen zu erhalten. Zusammen mit dem angrenzenden Nationalpark Sumava wollen wir dadurch ein in Europa vorbildliches Projekt für einen grenzüberschreitenden Umwelt- und Naturschutz verwirklichen.

(Beifall der Frau Abgeordneten Lödermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bayern wird mit dem dann größten deutschen Waldnationalpark wie schon vor 27 Jahren einen Meilenstein für eine zukunftsorientierte Naturschutzpolitik setzen, um den uns andere Bundesländer beneiden.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Niedermeier zu?

**Staatsminister Bocklet** (Landwirtschaftsministerium): Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich sie nicht zulasse, weil ich meine Redezeit nicht überschreiten möchte. Ich denke, es wird nachher noch genug Gelegenheit zur Abgabe von Erklärungen geben.

Nationalparke sind nach nationalem und nach internationalem Standard Naturgebiete, die dazu bestimmt sind, die ökologische Unversehrtheit eines oder mehrerer Ökosysteme für gegenwärtige und für künftige Generationen zu bewahren. In ihnen soll die Nutzung von Naturgütern, die den Bestimmungszwecken der Gebiete entgegensteht, nicht mehr möglich sein.

Mehr als 1000 Hektar wegen Borkenkäferbefalls abgestorbene Fichtenwälder in den Hochlagen des Nationalparks lassen manche heute allerdings nachdenklich werden, was die Frage angeht, ob die Idee des Nationalparks Bayerischer Wald, „Natur Natur sein lassen“, der einzige Weg zur Erfüllung der Ziele eines Nationalparks ist. Angesichts der Vielzahl toter alter Bäume im derzeitigen Nationalparkgebiet und einer von Teilen der örtlichen Bevölkerung tief empfundenen Ablehnung dagegen stellt sich einigen sogar die Frage, ob es in unserem dichtbesiedelten Raum überhaupt Sinn macht, Nationalparke auszuweisen, in denen menschliches Handeln in den Hintergrund treten und die Natur weitgehend ungestört sich selbst entwickeln soll. Die Bayerische Staatsregierung antwortet darauf mit einem klaren Ja

(Beifall des Abgeordneten Dr. Weiß (CSU)  
und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und will mit der Erweiterung des Nationalparks Bayerischer Wald auch ein eindeutiges umweltpolitisches Zeichen setzen. Der Bayerische Landtag hat sich bereits 1969 mit seiner Entscheidung, einen Nationalpark im Bayerischen Wald auszuweisen, und seiner Zustimmung zur Nationalparkverordnung im Jahre 1992 klar für die nachhaltige Bewahrung eines Stücks natürlicher Ursprünglichkeit im Bayerischen Wald ausgesprochen. Daran gilt es heute mit der Erweiterung des Nationalparks anzuknüpfen.

Die Diskussion um den Erhalt der Hochlagenwälder und, eng damit verbunden, die Problematik der Borkenkäferbekämpfung haben uns allerdings bewußt gemacht, daß ein Nationalpark aus unserer menschlichen Sichtweise heraus nicht nur Chancen bietet, sondern auch Risiken in sich birgt. Es ist absolut verständlich, daß sich gerade die Menschen, die im und mit dem Bayerischen Wald aufgewachsen sind, mit den Bildern toter alter Wälder nicht abfinden wollen und können. Ihnen hilft auch das Wissen nicht, daß - erkennbar im Kreislauf von Werden und Vergehen der Natur - dort, wo Bäume abgestorben sind, wieder ein neuer Wald entstehen wird. Dieses Wissen hilft nicht, wenn der neue Wald Jahrzehnte braucht, um das Bild zu ersetzen, das gestern noch von grünen alten Bergfichten geprägt war. Zu stark sind wir Menschen anscheinend von dem in uns gewachsenen, Bild von Natur und Kulturwald geprägt. Dieses Bild ist bestimmt vom genutzten Wald, in dem durch den Einschlag des reifen Holzes regelmäßig die natürlichen Zerfallsprozesse unterbunden sind.

Vor dem Hintergrund hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bereits im Juli 1996 in Regen zugesagt, daß in die künftige Nationalparkverordnung Regelungen zum Erhalt des Bergfichtenwaldes im Erweiterungsgebiet aufgenommen werden. Dies ist mit § 13 und den amtlichen

Erläuterungen dazu geschehen. Der jetzt im Zuge der Beratungen hinzugefügte § 14 bestätigt und verdeutlicht nochmals die von uns vorgesehenen Regelungen zum Schutz der Hochlagenwälder zwischen Falkenstein und Rachel. In dem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich bei Herrn Kollegen Sinner dafür bedanken, daß er die Formulierung und die Organisation der Einfügung dieses Paragraphen übernommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auch der Hochlagenwald im bestehenden Nationalpark hat besondere Schutzfunktionen und ist als genetisches Potential grundsätzlich schützenswert. Hier ist der Zerfall des alten Bergfichtenwaldes allerdings heute zu weit fortgeschritten, als daß Maßnahmen der Borkenkäferbekämpfung langfristig noch Wirkung haben könnten. Zudem zeigen die Ergebnisse einer im letzten Jahr vorgenommenen Inventur der Verjüngungssituation in den Hochlagenwäldern ganz deutlich, daß der Fortbestand des Waldes angesichts der auf 92 % der Inventurpunkte festgestellten Naturverjüngung in den Hochlagen und der sich erst recht in den weitaus wüchsigeren Tal- und Hanglagen einstellenden Naturverjüngung nicht gefährdet ist.

Grundsätzlich wäre es aber auch nicht vertretbar, die in einem Nationalpark seit mehr als zehn Jahren ablaufenden natürlichen Waldentwicklungen zu beeinflussen. Vielmehr soll dort ganz bewußt weiterhin der Waldenerneuerungsprozeß in seiner unbeeinflussten Dynamik untersucht werden. Diese Festlegung macht letztlich auch die Einmaligkeit des Nationalparks Bayerischer Wald gegenüber den außerhalb Bayerns liegenden deutschen Waldnationalparken aus.

Mit der nunmehr für einen Übergangszeitraum vorgesehenen unterschiedlichen Vorgehensweise im erweiterten Nationalparkgebiet wird der ganze Konflikt zwischen unseren Vorstellungen von Natur und dem tatsächlichen Wirken einer sich selbst überlassenen Natur augenscheinlich. Wir sind uns jedoch dessen bewußt, daß Nationalparke primär dazu dienen sollen, vom Menschen unbeeinflusste Naturentwicklungen zu ermöglichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einem Waldnationalpark gehören dazu selbstverständlich auch tote alte Bäume, ebenso aber junge, nachwachsende Bäume. Diese sorgen unter unseren klimatischen Bedingungen zuverlässig dafür, daß der Wald als solcher, wenn auch mit verändertem Gesicht, bestehen bleibt. Was uns Menschen hierbei allerdings Schwierigkeiten bereitet, ist der Umstand, daß die Natur - dies zeigt das Beispiel der Hochlagen um den Lusen - solche Waldenerneuerungsprozesse nicht immer in den langen Zeiträumen und so kleinflächig ablaufen läßt, wie wir es aus den von uns bewirtschafteten Wäldern kennen, sondern manchmal auch mit einer Dynamik, die uns erschrecken läßt.

Wenn wir zur Natur ja sagen, müssen wir lernen, solche Bilder auszuhalten. Die Natur wird für sich und für uns immer Lösungen anbieten. Ein alter, vom Borkenkäfer aufgefressener Wald wird sich erneuern. Für unsere Entscheidungen ist allein die Angst sicherlich ein schlechter



Ratgeber; dennoch müssen und wollen wir konkrete Sorgen ernst nehmen.

Zwanzig Jahre Anpassungszeit für das Erweiterungsgebiet wird in vielen Bereichen den Glauben durch Wissen ersetzen. Der von uns gefundene Kompromiß bei der Borkenkäferbekämpfung kommt sowohl den Sorgen der Menschen wie auch dem Mut und dem Vertrauen, das wir in die Natur setzen sollten, entgegen.

Neue Wälder entstehen aber nicht über Nacht. Wir brauchen einen langen Atem. Wir müssen in Zeiträumen denken, die über ein Menschenleben hinausgehen. Ich bin mir sicher, daß in der Zukunft unsere Enkel und Urenkel die weitreichende Bedeutung unserer heutigen Entscheidung anerkennen und froh sein werden, daß sie in unserer Zeit so getroffen wurde.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, daß die Staatsregierung verschiedene vom Landtag angeregte Änderungen berücksichtigt. Im einzelnen verweise ich auf die Drucksache 13/8563.

Wer der Verordnung mit der Maßgabe zustimmt, daß die Staatsregierung beim Erlaß der Verordnung die vom federführenden Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angeregten Änderungen berücksichtigt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Einige Kollegen der SPD haben nicht mitgestimmt.

(Dr. Ritzer (SPD): Viele Abgeordnete der CSU auch licht!)

Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe einige Gegenstimmen in den Reihen der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Es enthalten sich ein Kollege der SPD- und mehrere Kollegen der CSU-Fraktion. Herr Kollege Kurz hat zugestimmt. Es ist so beschlossen.

Einige Kollegen haben um das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung gemäß § 139 Absatz 2 der Geschäftsordnung gebeten. Ich möchte feststellen, daß jeder Abgeordnete unmittelbar nach der Schlußabstimmung eine kurze Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten abgeben kann. Diese Erklärung muß sich auf die sachliche Begründung für das Votum beschränken und darf einen Zeitraum von fünf Minuten nicht überschreiten. Im Absatz 4 ist geregelt, daß eine Aussprache zu dieser Erklärung nicht stattfindet.

Zu dieser Erklärung haben sich die Abgeordneten Blöchl, Brunner, Niedermeier und Franzke zu Wort gemeldet. Ich erteile zunächst Herrn Kollegen Blöchl das Wort.

**Blöchl (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da es aus Zeitgründen nicht möglich war, daß sich die örtlichen Abgeordneten in die Aussprache einschalten, möchte ich eine Erklärung abgeben. Frau Kollegin Annemarie Hecker sowie die Kollegen Eppeneder, Kobler, Wallner und Franz Meyer - der sich der Stimme enthalten hat - haben mich außerdem gebeten, eine solche Erklärung abzugeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer parlamentarischen Beratung ist es üblich, daß die Abstimmungen auf zwei Grundpfeilern stehen, nämlich zum einen dem geschlossenen Abstimmungsverhalten der Fraktion und zum anderen dem eigenen Gewissen. Diese Entscheidung nach dem Gewissen ist in der Verfassung verankert. Deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet.

Die Entscheidung, den Nationalpark zu erweitern, ist in der Verordnung festgelegt. Diese Änderung der Verordnung enthält Passagen, mit denen ich mich nicht einverstanden erklären kann. Ich räume ein, daß die Bayerische Staatsregierung und dieses Hohe Haus Impulse für den Bayerischen Wald geben. Allerdings ist bei mir der Eindruck entstanden, daß an dieses Vorhaben übereifrig herangegangen worden ist. Ich hätte mir mehr Gelassenheit gewünscht, um eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.

Ich finde es sonderbar, daß nach 27 Jahren die Akzeptanz für diesen Nationalpark in der Bevölkerung schwindet. Das liegt nicht daran, daß die Bevölkerung nicht begriffen hat, was ein Nationalpark ist. Der Grund liegt vielmehr darin, daß die Nationalparkverwaltung in der Vergangenheit falsche Entscheidungen getroffen hat. Im bestehenden Nationalpark sind bereits 1300 Hektar durch den Borkenkäfer vernichtet worden. Heute ist behauptet worden, daß der Wald nachwächst. Die Praxis sieht jedoch anders aus.

Die Wissenschaft wird von Menschen betrieben. Vor einigen Jahren hat die Bevölkerung davor gewarnt, daß der Borkenkäfer den Wald auffressen wird. Die Wissenschaftler haben damals behauptet, daß der Borkenkäfer nicht über 800 Meter über den Meeresspiegel kommt. Das Gegenteil ist eingetreten. Der gesamte Hochlagenwald ist vernichtet worden. Dieser Umstand bereitet mir große Sorgen. Deshalb kann ich der Änderung der Verordnung aus Gewissensgründen nicht zustimmen.

In dem zusätzlichen § 14 der Verordnung ist in Absatz 3 die Borkenkäferbekämpfung im Bereich zwischen Falkenstein und Rachel festgeschrieben. Diese räumliche Abgrenzung kann ich nicht mittragen. Der Borkenkäfer muß im gesamten Hochlagenbereich bekämpft werden. Ich weiß auch, daß dies Probleme verursacht. Wo der Wald abgestorben ist, können Bekämpfungsmaßnahmen nicht mehr greifen. Im bestehenden Nationalpark wird sich der Borkenkäfer jedoch von oben nach unten bewegen. Ich befürchte, daß dann der ganze Wald abstirbt. Dies kann nicht Sinn und Zweck eines Nationalparks sein.

Zu befürchten ist, daß es im Erweiterungsgebiet bald zur selben Situation kommen wird. Zwischen Theorie und

Praxis besteht manchmal ein himmelweiter Unterschied. Dies hat sich an dem Käferbefall im bestehenden Nationalpark deutlich gezeigt. Ich weiß auch, daß Pflanzen in einem gelockerten Boden nachwachsen. Allerdings ist häufig zu beobachten, daß zehnjährige Pflanzen vom Borkenkäfer zerstört worden sind. Besonders deutlich zeigt sich dies an der tschechischen Grenze.

Wir sprechen über das größte zusammenhängende Waldgebiet in Mitteleuropa. Dieses Gebiet darf nicht absterben. Der Nationalpark darf nicht isoliert gesehen werden. In ihm befinden sich Wohngebiete und Dörfer. Deshalb darf die Nationalparkidee nur im Zusammenwirken mit der örtlichen Bevölkerung und nicht gegen sie verwirklicht werden. Meiner Ansicht nach wurden diese Punkte zu wenig berücksichtigt.

Ich sehe, daß meine Redezeit bereits zu Ende ist. Abschließend möchte ich sagen, daß die nachfolgenden Generationen nicht fragen werden, welche Abgeordneten aus Oberbayern, Unterfranken, der Oberpfalz oder Schwaben in der politischen Verantwortung gestanden haben. Vielmehr werden die nachfolgenden Generationen fragen, warum die örtlichen Abgeordneten diese Entscheidung zugelassen haben.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

**Blöchl (CSU):** Deshalb kann ich das mit meinem Gewissen nicht vereinbaren; ich bitte um Verständnis. Ich glaube, das Prädikat „Nationalpark“ bleibt auch erhalten, wenn man den Käfer bekämpft:

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Die nächste Erklärung zur Abstimmung gibt Herr Kollege Brunner ab. Bitte.

**Brunner (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe deswegen gegen die Verordnung gestimmt, weil ich schon immer gegen eine Ausweitung des Nationalparks argumentiert habe. Die Ausweitung des Gebiets des Nationalparks stößt nicht nur auf Widerspruch der betroffenen Bevölkerung vor Ort. Auch Wissenschaftler wie Prof. Dengler von der Fachhochschule Rottenburg oder Prof. Ammer von der Universität München und andere bezweifeln den Sinn der Nationalparks. Die Philosophie eines Nationalparks in unserem relativ dichtbesiedelten Raum stößt auf Grenzen und begegnet berechtigten Zweifeln.

Ein amerikanischer Gast sagte kürzlich: In Amerika werden Urwälder zum Nationalpark, und ihr wollt den Kulturwald zum Nationalpark umwandeln. Der „Naturpark Bayerischer Wald“ mit einer naturnahen Waldwirtschaft hat sich unbestritten bewährt. Er genießt bei der Bevölkerung und bei den Kommunen großen Zuspruch. Die Akzeptanz des bestehenden Nationalparks nimmt eher ab. Nach forstwissenschaftlichen Untersuchungen ist der bestehende Nationalpark vollkommen ausreichend, zumal die Erweiterung von niemandem vor Ort gefordert

wurde. Das ist der Unterschied zum bestehenden Nationalpark. Damals ist die betroffene Bevölkerung nach München gefahren und hat die Einrichtung eines Nationalparks gefordert.

Die ausufernden Borkenkäferschäden haben dazu geführt, daß selbst im Nationalpark Harz wieder der Borkenkäfer bekämpft wird. Auch die Mitglieder des Landwirtschafts- und des Umweltausschusses waren nach einem Besuch ernüchert über die Borkenkäferschäden im Hochlagengebiet des Nationalparks Bayerischer Wald. Die Schadensentwicklung ist wirklich besorgniserregend. Aussagen wie „Katastrophal“ oder „So etwas darf sich nicht wiederholen“ wurden gemacht.

Ich erkenne durchaus an, daß in der neuen Verordnung einige Zugeständnisse gemacht wurden, und bin auch dankbar für die Zusagen, die unser Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bei einem Gespräch im Landratsamt Regen im letzten Jahr hinsichtlich der Borkenkäferbekämpfung, der Nachpflanzung mit standortgerechten Bäumen, der ungeschmälernten Wasserentnahme oder hinsichtlich der Mitspracherechte der betroffenen Verbände und Kommunen abgegeben hat.

Ich fordere aber auch eine offensive Borkenkäferbekämpfung, die nicht nur auf dem Papier steht. Der immer wieder angepriesene Nationalpark Sumava, der sich auf tschechischem Gebiet befindet, hat bestenfalls das Niveau unseres Naturparks, weil dort die Nachpflanzung ebenso möglich ist wie die Borkenkäferbekämpfung und die Holznutzung. Man spricht sogar davon, daß jetzt in großem Umfang Goldausgrabungen zugelassen werden sollen.

Daß Naturschutz und Holzproduktion kein Widerspruch sind, bestätigt Prof. Ammer von der Universität München in einem Zeitungsbericht vom 07.08.1995:

Der „Naturpark Bayerischer Wald“ hat sich glänzend entwickelt. Ich zitiere einen Zeitungsbericht vom 18.03.1993: „Wir leben im Landkreis Regen, was die Natur betrifft, in einem kleinen Paradies. Viele werden es ohnehin gewußt haben, jetzt haben es Experten objektiv festgestellt: Im Landkreis Regen gibt es Tiere, Pflanzen und Landschaften, wie sie in Deutschland kaum oder kein zweites Mal vorkommen“, sagt Diplom-Biologe Fischer-Leipold.

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Nationalpark, eben im bestehenden „Naturpark Bayerischer Wald“. Deshalb ist meiner Ansicht nach die Erweiterung des Nationalparks überflüssig wie ein Kropf. Mit der Hälfte des Geldes, das Einrichtung, Umsetzung und Erhaltung des Nationalparks verschlingen, hätten wir im „Naturpark Bayerischer Wald“ die doppelte Wirkung für den Tourismus erzielen können.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Auch Herr Kollege Niedermeier gibt eine Erklärung nach § 139 der Geschäftsordnung ab. Bitte, Herr Kollege.

**Niedermeier** (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe meine Erklärung auch im Namen des Kollegen Max Brandl ab. Ich konnte der Nationalparkerweiterung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen: erstens weil ich dagegen war, daß überhaupt erweitert wird, und zweitens weil mir der Vorgang, wie es zu dieser Erweiterung kam, absolut suspekt ist.

Der Erweiterungsgedanke war zugleich der Beschluß. Es war nicht der Wille der Bevölkerung - Herr Kollege Brunner hat es vorhin schon erklärt -, sondern es war ein Geschenk - Frau Lödermann hat das bestätigt; das bestärkt mich innerlich - von Funktionären an Funktionäre im grünen Bereich.

(Frau Lödermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So habe ich das nicht gesagt!)

- Ich sage das. Das ist meine Auffassung. Ein Geschenk war es und sonst gar nichts, und zwar über die Bürger hinweg. Erst nach örtlichem Protest erinnert man sich daran, daß hier auch Leute wohnen.

Bei den folgenden Gesprächen und Anhörungen ging es nicht mehr um die Frage, ob eine Nationalparkerweiterung sinnvoll sei, ob sie notwendig sei. Nein, es ging nur noch um die Frage: Wie kann man den Willen einzelner der ganzen Bevölkerung überstülpen? Das ging hin bis zum Druck, bis zu finanziellen Anreizen und ähnlichem mehr.

Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Nationalpark werden keine neuen Wege beschritten. Es bleibt beim überholten Nationalparkgedanken amerikanischer Prägung. Sämtliche Wissenschaftler, die sich sehr sachlich mit diesen Fragen beschäftigen, sagen aber: Für Gebiete in Mitteleuropa ist ein Nationalpark amerikanischer Prägung auf die Dauer nicht haltbar und nachvollziehbar. Ich bin der Meinung, deshalb kann man der Verordnung auch nicht zustimmen.

Durch die Verordnung wird Volksvermögen dem Volk entzogen und damit der bewegungsfreie Raum für die dort lebende Bevölkerung erheblich eingeschränkt. Das heißt also, die Bewegungseinengung, die früher politisch vorhanden war, wird heute durch den „grünen Vorhang“ absolut.

Die Naturparkerweiterung ist weder aus Gründen des Naturschutzes noch für die Forschung noch aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich. Es reicht der bestehende National- und Naturpark.

Des weiteren habe ich dagegengestimmt, weil meiner Auffassung nach das vom Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Jahr 1995 vorgetragene Credo derjenigen, die der Nationalparkerweiterung zustimmen, nicht erfüllt worden ist. 1995 sagte der Staatsminister in Vertretung aller anderen Zustimmenden: „Wir wollen der Bevölkerung den Wald nicht nehmen. Wir wollen auf die Gefühle der Menschen eingehen. Die Leute sollen sich den Wald nutzbar machen. Niemand wird ausgesperrt, denn das wäre eine Aussperrung aus der Heimat.“ Und was haben Sie beschlossen? Eine Erweiterung, die

nicht notwendig ist, die wir nicht brauchen und die wir nicht gewünscht haben. Dem Grundgedanken, der nächsten Generation einen zusammenhängenden Wald zu übergeben, den der Ministerpräsident und auch viele aus meinen Reihen - wir sind in Teilbereichen auch nicht besser als ihr - vorgetragen haben, widerspricht die Realität. Erst wenn der Wald vernichtet und der Wasserhaushalt zugrunde gerichtet ist und nach hundert Jahren, wenn wir es noch im Kreuz haben - wir werden es nicht mehr erleben -, soll dort ein Wald sprießen, wo auch in früheren Zeiten nie ein Wald stand. Deshalb habe ich gegen diese Verordnung gestimmt und werde sie auch weiterhin kritisch begleiten.

(Beifall bei Abgeordneten)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Die nächste und letzte Erklärung zur Abstimmung, jedenfalls nach den bisherigen Wortmeldungen, gibt Herr Kollege Franzke ab. Bitte, Herr Kollege.

**Franzke** (SPD): Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich der Stimme enthalten. Ich darf dies kurz begründen. Ich bin skeptisch, ob die Erweiterung, die sich gegen große Teile der Bevölkerung richtet, sinnvoll ist. Nach meinen Erfahrungen werden Maßnahmen des Naturschutzes nur dann ihr Ziel erreichen, wenn sie von den betroffenen Menschen voll akzeptiert werden. Dies ist meines Erachtens hier nicht der Fall. Ich sage ganz deutlich: Ich kann nicht verstehen, daß zum Beispiel Jagdrechte und damit Begehungsrechte erhalten bleiben sollen, offenbar weil sie beim Staat liegen, gleiche Rechte für die Fischerei jedoch verweigert werden sollen. Hoffentlich werden ergänzende Regelungen vernünftiger Lösungen anbieten. Das war meine Begründung.

(Beifall bei der SPD - Dr. Weiß (CSU): Das war erfreulich kurz!)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt rufe ich die Listennummer 55 auf:

**Antrag der Abgeordneten Dr. Jung, Prof. Dr. Gantzer und anderer (SPD)**

**Artikel „Niedersachsen und seine Polizei“ (Drucksache 13/7728)**

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuß für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und Herr Kollege Kurz. Gegenstimmen? - Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.